

Suche nach weiteren Milliarden

Verteidigung Bis 2027

wird das Sondervermögen Bundeswehr reichen. Und dann? Boris Pistorius will Schulden machen.

Berlin. Zwei Dinge stehen mit Blick auf künftige Verteidigungshaushalte fest: Die Bundeswehr wird bald sehr viel neues Geld brauchen. Und: Ein weiteres Sondervermögen wird es dafür nicht geben. Bleibt also die Frage: Woher sollen die vielen Milliarden kommen? Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat nun erstmals konkreter erläutert, wie er sich eine Lösung vorstellt. „Es wird nicht alleine durch Umschichtung gehen“, sagte er im ZDF. „Im Zweifel wird man auch über zusätzliche Schulden reden müssen in dieser Koalition oder in der nächsten.“ Er schlug vor, für Ausgaben zu Gunsten der Sicherheit „im weitesten Sinne“ eine Ausnahme von der Schuldenbremse zu schaffen.

Eine solche Änderung müsste mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Bislang sieht es aber nicht so aus, als würden der Koalitionspartner FDP oder gar die oppositionelle Union mitziehen. Allerdings zerbrechen sich auch in CDU und CSU die Sicherheitspolitiker bereits seit einiger Zeit ebenfalls den Kopf darüber, wie die Ausgaben für die Verteidigung finanziert werden sollen. Schließlich rechnen viele in der Union fest damit, nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr wieder die Regierung anzuführen. Die Aufgabe, ab 2027 für jährlich rund 25 Milliarden Euro zusätzlich für die Bundeswehr zu sorgen, wäre dann ihre Aufgabe.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hatte der Außen- und Sicherheitspolitiker Roderich Kiesewetter (CDU) bereits vor Monaten in dieser Zeitung einen ähnlichen Vorschlag wie Pistorius gemacht: Er plädierte dafür, „alle Ausgaben mit Bezug auf den Streitkräfte-Paragrafen 87a Grundgesetz für eine gewisse Zeit von der Schuldenbremse auszunehmen“.

Mehrheitsfähig ist Kiesewetter damit in den eigenen Reihen bislang nicht. Der Fraktionsgeschäftsführer der Union im Bundestag, Thorsten Frei, lehnte Pläne für eine Veränderung bei der Schuldenbremse am Dienstag ab. Die Politik stehe vielmehr in der Pflicht, „Prioritäten zu setzen“. Wie das konkret ab 2027 aussehen soll, konnte aber auch Frei nicht beantworten: „Da habe ich noch kein Konzept.“

Ellen Hasenkamp